DIE LINKE.

AUSGABE 01/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

KAG Senioren 2

Landtagsticker by Birke Bull-Bischoff 3

Neues aus der Kreistagsfraktion 4

Tullner täuscht Schulen 5

Politische Bildung 6

Ein Scheck….. 8

Ausverkauf geht weiter 9

Danke Fidel... 10

Aus dem Landtag 11

Termine 12

Auf die soziale folgt die politische Spaltung

„Die Landtagswahlen im März standen stark unter dem Eindruck bundespolitischer Debatten. Das jetzt erhobene Stimmungsbild ähnelt den Ergebnissen der Märzwahl. Ebenso wenig hat sich die Debattenlage in der Bundespolitik verändert. In der Landespolitik von Sachsen-Anhalt ist von Koalition und Landesregierung noch nicht viel bewegt worden, und auch der jetzt vorgelegte Entwurf für den Haushalt 2017/2018 ist kein Signal notwendigen Umsteuerns.

DIE LINKE ist mit den Zustimmungswerten nicht zufrieden. Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen. Die Vorstellung, Solidarität sei nur ein Anrecht für bestimmte Gruppen, ist eine Sackgasse. Ungerechtigkeit verschwindet nicht, indem man die Welt in gerechte und ungerechte Zonen aufteilt, das ist bereits der IST-Zustand.

Die AfD bleibt das Stöckchen, das viele Wählerinnen und Wähler der etablierten Politik hinhalten wollen. Die Umfrage zeigt auch: Es gibt kein Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der AfD. Allerdings ist das Vertrauen in die Politik generell und alarmierend gesunken, 45 Prozent der Befragten in Sachsen-Anhalt weisen keiner Partei Lösungskompetenz zu.

Politik hat sich in der Unterordnung unter den Markt ihren Einfluss selbst beschnitten. Der sozialen Spaltung ist eine politische gefolgt. Viele Menschen haben sich aus der Parteiendemokratie zurückgezogen. Wir haben viel zu tun. DIE LINKE will selbstgewisse Menschen, gerade im Osten Deutschlands, dafür braucht es Perspektiven und eine gerechtere Sozial- und Steuerpolitik als Basis einer guten öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Weiteren eine zukunftsfeste Rente und Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West, sowie vor dem Hintergrund vieler gebrochener Erwerbsbiographien im Osten einen Schutz vor Altersarmut.

DIE LINKE steht für eine Politik, die Menschen wieder Zukunftssicherheit gibt, ohne dass diese denken, andere ausgrenzen zu müssen. Wir wollen Selbstermächtigung und Solidarität zusammenbringen.“

Birke Bull-Bischoff, Swen Knöchel

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Kreisarbeitsgemeinschaft SENIOREN informiert!

von Katja Bahlmann

Am 1. Dezember 2016 fand die letzte Beratung der KAG SENIOREN in 2016 statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem Information über das gemeinsam besuchte Wohnprojekt „GeWoLe“ in Merseburg, die Erarbeitung eines Arbeitsplanes für das kommende Jahr 2017 und die Überarbeitung des bereits erarbeiteten Flyers zum Patenschaftsprogramm „Gemeinsam besser Leben“ (Arbeitstitel).

Das Wohnprojekt „GeWoLe“ in Merseburg ist ein auf senioren- und behindertengerechtes Wohnen ausgerichtetes Projekt. Entwickelt haben dies die Mieterinnen und Mieter selbst. Sie wollten für ihren Ruhestand vorsorgen und haben sich Gedanken gemacht, wie man gemeinsam unter einem Dach bis ins hohe Alter uneingeschränkt eine eigene Lebensführung aufrechterhalten kann. Es wurde nach Konzipierung die Stadt Merseburg um Unterstützung gebeten, welche wohlwollend dieses Projekt in Angriff nahm, da bereits vor Baubeginn alle Mieter bekannt waren. Eine sanierungsbedürftige Immobilie der Stadt wurde unter den Rahmenbedingungen der Mieter ausgewählt und aufwendig unter Einbeziehung der Ideen der zukünftige Bewohner und der Inanspruchnahme von Fördermitteln im Rahmen der seniorengerechten Sanierung im Bestand umgebaut. So entstanden 16 Zwei-Raum-Wohnungen teils mit Balkon oder Wintergarten und eine 1-Raum-Wohnung, die zur Zeit ein Student bewohnt. Die Wohnungen sind mit behindertengerechten Bädern, ohne Schwellen und Stufen ausgestattet. Breite Türen ermöglichen die Benutzung von Rollator oder Rollstuhl ohne Probleme. Jede Etage ist bequem mit einem Aufzug erreichbar. Trockenboden und Keller für jede Mietpartei nutzbar sind vorhanden. Ein gemeinsamer Partykeller mit gemütlicher Ausstattung kann für gemeinsame Feste oder private Partys genutzt werden. Das Haus wurde liebevoll von den Mietern gestaltet und jeder achtet darauf, dass die Hausordnung und Vereinbarungen untereinander eingehalten werden. Jeder Bewohner, ob jung oder alt, unterstützt den Anderen, z.B. mit einem warmen Mittagessen bei Krankheit oder einfach beim Gesellschaftleisten. So kann Wohnen im Alter auch funktionieren und ist einfach nachahmenswert. Wer sich mehr über das Wohnprojekt informieren möchte, hat dazu Gelegenheit, im Internet einen Image-Film anzuschauen— unter: https://vimeo.com/91700523 ist dieser zu erreichen.

Die Kreisarbeitsgemeinschaft hat sich vorgenommen ein ähnliches Konzept zu erarbeiten und Partner zu suchen, die dieses eventuell auf ähnliche Art und Weise unterstützen möchten. Wer hier gern mitarbeiten möchte, melde sich bei uns.

Unser Arbeitsplan für 2017 sieht neben der Erarbeitung dieses Konzeptes für das Wohnprojekt auch die Auseinandersetzung mit dem Rentenkonzept der LINKEN vor. Erster Beratungstermin wird Montag, 22. Mai 2017, sein. Dazu eingeladen wurde der rentenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Matthias W. Birkwald. Eine Abendveranstaltung zum Thema Rentenkonzept wird dazu in Naumburg stattfinden - Zeit und Ort werden rechtzeitig bekannt gegeben - der Termin steht und ist zugesagt!

Weiterhin wollen wir an unserem entwickelten Patenschaftsprogramm, welches unter dem Arbeitstitel „Gemeinsam besser Leben“ steht, arbeiten. Ein erstes Konzept dazu ist entwickelt und nun können wir in die Öffentlichkeitsarbeit gehen. Es soll eine Datenbank entstehen in die sich Menschen jeden Alters - junge Familien, die sich Unterstützung im Alltag bei der Kinderbetreuung und anderen Sachen wünschen, - aber auch ältere Menschen, die Hilfe beim Einkaufen, Arztbesuchen brauchen oder einfach nur Gesellschaft wollen, die sich einbringen wollen als Patenoma oder Patenopa—alljene können sich in diese Datenbank eintragen und vermitteln lassen. Die Vermittlungstätigkeit ist kostenlos und wird durch die KAG Senioren gewährleistet. Eine Art Kontaktbörse für gegenseitige Hilfsangebote soll entstehen, ehrenamtlich, kostenfrei und auf Gegenseitigkeit basierend. Dieses Projekt soll helfen, sich das Erlebnis Familie und Zusammenhalt wieder ein Stück mehr in den Alltag der Menschen zurückzuholen. Ein Anspruch auf Vermittlung besteht für die Angemeldeten jedoch nicht, denn es muss genau geschaut werden, ob und wer hier die gemeinsamen Erfordernisse und Vorstellungen erfüllt.
Die KAG Senioren wird hier im Kurier auch weiterhin über den Fortgang dieses Projektes informieren.

Der nächste Beratungstermin für 2017 ist am Donnerstag, 26. Januar 2017 um 14.00 Uhr in Naumburg.

#Landtagsticker – Ausgewähltes aus dem Landtag im November 2016

Von Birke Bull-Bischoff

Kein Haushalt der Gestaltung, sondern einer der Mangelverwaltung

Die Landesregierung brachte am Donnerstag den Entwurf für einen Doppelhaushalt 2017/2018 ein. Kein Ende der Krise in der Unterrichtsversorgung ist in Sicht, die kommunalen Krankenhäuser werden bei den Investitionen gegenüber den privaten schlechter gestellt, Kürzungen bei wichtigen Demokratieprojekten der Landeszentrale für politische Bildung, darunter dem Projekt „Schule ohne Rassismus“, die Erwachsenenbildung wird erneut geschröpft, den Kommunen droht weiteres Ungemach. DIE LINKE. Landtagsfraktion wird gerade in den genannten Bereichen ihre Schwerpunkte für die Verhandlungen über den Landeshaushalt einbringen.

Keine Müllimporte – Zulassung von Deponien anhand regionalen Aufkommens

Vor kurzem besuchte unsere Fraktion eine Bürgerinitiative in Großörner (Landkreis Mansfeld-Südharz), die sich dort gegen eine geplante Mülldeponie stark macht. Eine Mülldeponie, die Mindestabstände zu Wohnhäusern, Kleingartenanlagen, einem Sportplatz und sogar einem Kindergarten weit unterschreiten würde. Seit Jahren werden in Sachsen-Anhalt immer wieder Pläne für die Errichtung neuer Deponien bekannt, wobei 80 Prozent des in Sachsen-Anhalt entsorgten Mülls gar nicht von hier stammen. Im Landtag forderten wir deshalb einen Stopp der Müllimporte und die Zulassung von Deponien, die sich am regionalen Abfallaufkommen innerhalb des Landes orientiert.

Ablehnung des Entwurfs für ein Bundesteilhabegesetz

Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz vorgelegt, das vor allem bei vielen betroffenen Menschen mit Behinderungen auf Empörung und Ablehnung stieß *#nichtmeinGesetz*. Entgegen der UN-Behindertenrechtskonvention wird das Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen unter einen Kostenvorbehalt gestellt. Mit anderen Worten: Nur wenn es nicht so viel kostet, dürfen die individuellen Wünsche der Lebensplanung und –gestaltung das letzte Wort haben.

Schulverweigerung mit pädagogischen Mitteln begegnen

Die AfD möchte für Kinder, die sich dem Lernen in der Schule verweigern, gewissermaßen ein Heim für Schwererziehbare einführen. Sie sollen in Sondereinrichtungen beschult und gegebenenfalls in geschlossenen Einrichtungen zum Umdenken bewegt werden. Da atmet der Geist vergangener Zeiten autoritärer Pädagogik, als es um Disziplinierung im Sinne von Gehorsam ging, als vor allem Strafen als das Mittel der Wahl galten. Da ändert auch der vergleichsweise harmlos klingende Begriff des Internats für Schulschwänzer nichts.

DIE LINKE fordert in ihrem Alternativantrag, den Problemen von Kindern und jungen Menschen – und das genau ist immer der Hintergrund – mit pädagogischen Mitteln zu begegnen: mit Schulsozialarbeiter*innen, mit Schulpsycholog*innen, mit pädagogischen Mitarbeiter*innen und vor allem zunächst mit einer Unterrichtsversorgung, die den Lehrkräften nicht das allerletzte abverlangt und darüber hinaus, um letztlich keine freien Kräfte mehr zu haben, sich den individuellen Lebenslagen der Kinder widmen zu können.

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im November ist über den Newsletter der Landtagsfraktion zu erhalten: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

100 000 Pflegekräfte mehr

Neues aus der Kreistagsfraktion

Im November fand die Beratung der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Sachsen-Anhalt statt. In dieser Beratung wurde auch über die Möglichkeit der Neufinanzierung der Kita-Gebühren beraten. Dazu hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag folgende Vorschläge:

Land Sachsen-Anhalt

- Beschließt die gesetzlichen Rahmenvorgaben für die Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen (Mindestpersonalschlüssel, Qualifikation und Bezahlung der pädagogischen Fach– und Hilfskräfte, Anforderungen an das Qualitätsmanagement, u.a.)
- Erstattet dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe xx% der tatsächlichen Personalkosten der pädagogischen Fach– und Hilfskräfte

Örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe

- Schließt Entgeltvereinbarungen nach § 78 KJHG mit allen Einrichtungsträgern
- Zahlt die vereinbarten Entgelte vollständig an die kommunalen und freien Träger aus
- Ermittelt die Höhe der Elternbeiträge und erhebt diese
- Rechnet die tatsächlichen Personalkosten auf der Grundlage der Entgeltvereinbarungen gegenüber dem Land ab und erhält davon xx% erstattet
- Ist Leistungsverpflichteter und Träger der Kitaplanung

Gemeinden und freie Träger

- Schließen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Entgeltvereinbarungen nach § 78 KJHG und erhalten von diesem die auf der Grundlage abrechenbaren Kosten vollständig erstattet.

Eltern

- Zahlen xx% der Personalkosten als Elternbeiträge an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die von diesem in Abhängigkeit von den vereinbarten Betreuungsstunden festgesetzt werden
- bei mehr als einem Kind in der Kindertageseinrichung werden die Beiträge für die weiteren Kinder reduziert. Das dadurch entstehende Finanzierungsdefizit trägt das Land.

Welche Effekte bringt diese Neuregelung?

- Die konsequente Orientierung an den tatsächlichen Personalkosten schafft Transparenz. Es ist künftig klar, wofür die Landesmittel eingesetzt und welche Entlastungen damit erreicht werden. Die umfangreiche und mit erheblichen Unsicherheiten versehene Berechnung des Landesanteils entfällt, die Kindpauschale ebenfalls.
- Das Prinzip der Konnexität bei gesetzgeberischem Handeln im Bereich der Personalstandards (z.B. Netto-Personalschlüssel, Leiterinnenfreistellung etc.) ist besser gewahrt, da die hierdurch verursachten Steigerungen der Personalkosten direkt ausgeglichen werden können.
- Die Finanzierungsgemeinschaft wird schlanker, da die Gemeinden nicht mehr an der Gesamtfinanzierung beteiligt sind. Die Personalkosten im System der Kinderbetreuung teilen sich Land, Landkreise und Eltern. Durch die Bindung der Elternbeiträge an die Personalkosten entsteht erstmals die Möglichkeit einer unmittelbaren Regulierung der Elternbeteiligung durch den Gesetzgeber.
- Zur Festlegung der jeweiligen Anteile an den Personalkosten muss die Evaluation des KiFöG 2017 abgewartet werden. Mit der Neuregelung soll der bisherige Landesaufwand an der KiFöG-Gesamtfinanzierung mindestens erhalten bzw. im Kontext möglicher weiterer Veränderungen von Personalstandards im KiFöG und/oder einer Reduzierung des Elternanteils erhöht werden.
- Es gibt kein gemeindliches Defizit mehr—dieses verlagert sich auf die Ebene der Landkreise, wobei mögliche Auswirkungen auf die Kreisumlage zu berücksichtigen sind und geprüft werden sollte, ob dieser Vorgang parallele Regelungen z.B. im FAG notwendig macht.
- Freie und kommunale Einrichtungen werden gleichgestellt, d.h. Gemeinden, treten mit dem Jugendamt genauso in Verhandlung wie freie Träger, weitere Aufgaben (Defizit, Elternbeiträge) übernehmen sie nicht.
- Die Landkreise werden zur zentralen Schnittstelle: Sie empfangen das Landesgeld, sie finanzieren ihren Eigenanteil zu den Personalkosten, sie legen die Elternbeiträge fest, sie führen Entgeltverhandlungen mit den Kitas und finanzieren die vollen Kosten der Einrichtungen (inkl. Sach– und Betriebskosten, Tarifsteigerungen etc.).

Sollten Vorschläge aus den Basisorganisationen zu den KiFöG-Gebühren gemacht werden, können diese gern an uns weitergeleitet werden.

Kreistagsfraktion DIE LINKE. Burgenlandkreis
Töpferdamm 6, 06667 Weißenfels
E-Mail:

Christine Krössmann, Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE. hilft:
mit Sprechstunden und Beratungsangeboten.

Minister Tullner täuscht Schulen, Eltern und die Öffentlichkeit

Zur Bekanntgabe der PISA-Ergebnisse und zu diesbezüglichen Äußerungen von Bildungsminister Tullner bemerkt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Thomas Lippmann:

„Außer wohlfeilen Worten hat Bildungsminister Tullner unseren Schulen bisher nichts zu bieten. Seine Versprechungen Tullner lauten, die Unterrichtsversorgung als entscheidende Grundlage für gute Bildungsergebnisse stehe an erster Stelle aller seiner Bemühungen, wobei mit den 720 Neueinstellungen im Jahr 2016 nur ein erster Schritt zu einer besseren Unterrichtsversorgung getan sei.

Nur - er vergisst zu erwähnen, dass er gerade dabei ist, mehr als 100 der befristet eingestellten Sprachlehrkräfte, die nicht nur für den Sprachunterricht der Migrant*innen, sondern für die normale Unterrichtsversorgung insgesamt unverzichtbar sind, zum Beginn des Jahres 2017 wieder auf die Straße zu setzen. Er verdrängt darüber hinaus, dass die Personalkostenansätze im Doppelhaushalt 2017/2018 erneut viel zu gering sind, um seinen Worten auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Mit den angekündigten 400 Neueinstellungen im Jahr 2017 – praktisch einer Halbierung gegenüber 2016 – wird der derzeitige Personalbestand nicht einmal zu halten, geschweige denn zu steigern sein. Das wäre aber angesichts der schlechten Unterrichtsversorgung im laufenden Schuljahr und bei weiter steigenden Schüler*innenzahlen bitter nötig, um in absehbarer Zeit aus dem „Tal der Tränen“ überhaupt wieder aufsteigen zu können. Die aktuellen Haushaltsplanungen führen die Schulen jedoch immer tiefer in die Krise.

Statt sich den Kopf zu zerbrechen, wie man das bisherige schulische Angebote weiter zusammenstreichen kann, sollte der Minister in den laufenden Haushaltsberatungen lieber dafür streiten, dass auch in den Jahren 2017 und 2018 mindestens genauso viele Lehrkräften wie im Jahr 2016 neu eingestellt werden können. Nur so kann vielleicht noch verhindert werden, dass immer mehr Klassen ganz ohne Lehrer*innen dastehen und unsere Schüler*innen im Leistungsvergleich der Bundesländer wieder zurückgeworfen werden.

Die vom Minister ins Gespräch gebrachte Digitalisierung ist zweifellos ein wichtiges Thema, damit können aber die Probleme fehlenden Personals (dazu zählen auch die pädagogischen Mitarbeiter*innen und die Schulsozialarbeiter*innen) weder gemildert oder gar kompensiert werden. Im Übrigen sagen die PISA-Untersuchungen seit dem Ausstieg Deutschlands aus der Erweiterungsstudie PISA-E im Jahr 2008 nichts mehr über die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern aus. Wie sich die Leistungen in Sachsen-Anhalts Schulen zuletzt entwickelt haben, wird man erst genauer wissen, wenn vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) wieder ein neuer Bildungstrend-Bericht vorgelegt wird. Damit ist aber für den Bereich Mathematik und Naturwissenschaften frühestens in zwei Jahren zu rechnen.“

Linksjugend SOLID - auch im Burgenlandkreis aktiv—jetzt mitmachen:

Kontakt per E-Mail: linksjugend.blk@web.de

Denkansätze zur Umgestaltung einer aus den Fugen geratenen Welt

Politische Bildung, Teil 41a

Von Winfried Steffen

Zwar von vielen befürchtet, doch eigentlich kaum erwartet, traten zwei Ereignisse ein, die die Strukturen der Weltgemeinschaft erdbebenartig grundlegend erschüttern: 1. Der Brexit—Resultat einer Volksabstimmung in Großbritannien mit einer knappen Mehrheit - ist ein substanzieller Schlag gegen die Europäische Union. 2. Im Gefolge des teuersten Wahlkampfes auf einem Niveau fernab von bisher gewohnter politischer Kultur wurde der Milliardär Donald Trump - im politischen Bereich ein Nobody - von einer Mehrheit mit ihrer derzeitigen Lage Unzufriedener zum US-Präsidenten gewählt, um dem derzeitigen Gesellschaftssystem eins auszuwischen. Der Rechtspopulismus hat damit seine schillerndste Blüte entfaltet in Gestalt eines Mannes der ganz großen Geschäfte, eines Rassisten und Sexisten, für den es im Wahlkampf keinen Klimawandel gab und der äußerte, Atomwaffen wären vorhanden mit der Option eines möglichen Einsetzens. Mit welchem Personal - ohne kompetente Fachleute geht es nicht - wird welche Politik gemacht? Das sind weitgehend offene Fragen. Immerhin sind die USA die mächtigste Macht der Welt - namentlich in militärischer und weltpolitischer Hinsicht. Noch zu keiner Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Situation in der Welt, waren die nächsten und erst recht die ferneren Zukunftsaussichten so unberechenbar wie gegenwärtig. Die Wahl von Donald Trump als US-Präsident muss als Weckruf wirken für alle demokratischen Kräfte in der Welt, vor allem für die in politischer Verantwortung und Machtausübung Stehenden, tiefgehend den realen Stand der Dinge zu analysieren und solche Entscheidungen zu treffen, dass auch künftige Generationen lebenswerte Bedingungen auf unserem einzigartigen Planeten antreffen. Brexit und Trump-Wahl sind dafür mahnender Anlass. Globalisierung, digitalisierte Informationstechnik (IT), die Begrenztheit der Naturressourcen, Klimawandel und demografische Entwicklung bilden den eigentlichen Hintergrund künftiger Menschheitsfortexistenz.

In einem über Milliarden von Jahren währenden Prozess hat sich im Universum der einzigartige Planet Erde entwickelt. Dort hat sich in einem über Millionen von Jahren abgelaufenen evolutionären Prozess als höchstentwickeltes Lebewesen der Mensch herausgebildet—wahrscheinlich in mehreren bewohnbar gewordenen Gebieten der Erde. Allein der Mensch entwickelte in einem natürlichen Prozess die Fähigkeit, auf die ihm umgebende Umwelt zielgerichtet einzuwirken, um seine Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Nutzbarmachung des Feuers stellte einen Kernbestandteil des Menschwerdungsprozesses dar, insbesondere im Hinblick auf die Qualität der Ernährung durch bessere Speisenzubereitung, hinsichtlich der Bearbeitung von Naturstoffen und Werkzeugfertigung und hinsichtlich verbesserter Wohnmöglichkeiten durch den Schutz gegen Witterungsunbilden.

Die Erfindung des Rades bewirkte verbesserte Mobilitäts– und Transportmöglichkeiten. Die Verbesserung der Lebensbedingungen und –umstände stellte und stellt eine ständige Triebkraft in der Entwicklung des Menschen und der menschlichen Zivilisation dar. Der Mensch ist ein untrennbarer Bestandteil der Natur und in ihr ein ständiger Akteur. Seine Aktion war und ist Bestandteil eines widersprüchlichen Prozesses. Spätere Folgen und Langzeitauswirkungen bleiben dabei zunächst unberücksichtigt.

Die Vielzahl von Erfindungen und Entdeckungen im Prozess der Menschheitsentwicklung und von deren Zivilgesellschaft war und ist von dieser Widersprüchlichkeit geprägt. Und der Planet Erde selbst ist davon geprägt, ist keineswegs etwas Fertiges, etwas Abgeschlossenes. Das betrifft auch das ganze Universum, das durch Bewegung und Veränderung, durch Entstehen und Vergehen gekennzeichnet ist, und zwar aus sich selbst heraus, ohne eine übersinnliche Kraft.

Es sei erinnert an die Erfindung des Buchdrucks auf der Basis beweglicher Lettern, einer der wohl bedeutendsten und nachhaltigsten Erfindungen. Johannes Gutenberg konnte nicht ahnen, dass seine mehr als 40 Jahre angestrengte Arbeit den Weg bahnte aus dem durch volksweites Analphabetentum gekennzeichneten Mittelalter in die Neuzeit. Wie hätten Renaissance und Reformation sich ohne Buchdruck ausbreiten sollen? Als der Reformator Martin Luther seine 95 Thesen veröffentlichte, um eine Diskussion—vor allem unter Gelehrten—um eine Reform der römisch-katholischen Kirche auf den Weg zu bringen, hatte er keineswegs an eine Spaltung der christlichen Kirche gedacht und wohl auch nicht daran, dass die von ihm ausgelöste Reformation die folgende Ausgestaltung von Ländern und Kontinenten strukturell beeinflussen würde.

Vom 14. Jahrhundert an wurde Schwarzpulver hergestellt und damit die Sprengkraft von Schießpulver, basierend auf den Rohstoffen Salpeter, Kohlenstoff und Schwefel; es wurde genutzt bei Feuerwerken oder Sprengungen im Berg– und Straßenbau. Das Schießpulver wurde aber alsbald vor allem auch für militärische Zwecke eingesetzt. Es diente als Treibmittel für Raketen und Geschosse in Geschützen und in Handfeuerwaffen, als Sprengmittel für Granaten, Handgranaten und Minensprengungen. Zuvor ungeahnte Auswirkungen hatte das auf die nachfolgende Kriegsführung. Das Gesicht der Welt veränderte sich. Durch den Gebrauch der Feuerwaffen ging das Rittertum unter. Das Militärwesen erfuhr eine Neugestaltung mit weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Infanterie wurde die Hauptwaffengattung. Die

Kriege um die Vorherrschaft in Europa und die Religionskriege setzten die Waffentechnik unter Innovationsdruck. Es kam zu den europäischen Eroberungen in allen Teilen der Welt. Die daraus resultierende Kolonisierung des afrikanischen Kontinents, in Südamerika und weiten Teilen Asiens zeitigt bis in die Gegenwart reichende Langzeitwirkungen. Eine Folge der Erfindung des Schießpulvers bestand auch darin, dass sich im Ersten Weltkrieg die Soldaten dauerhaft eingraben und von den Schützengräben aus gezielt schießen konnten und das eigentliche Schlachtfeld „leer“ blieb.

Noch einschneidender als die Entwicklung des Schießpulvers war die Erfindung des Dynamits 1866 durch Alfred Nobel. Dynamit war gewissermaßen die Weiterentwicklung des Schwarzpulvers. Um Tunnel zu bauen und an Rohstoffe zu gelangen, waren Sprengungen erforderlich und das feuchtigkeitsempfindliche Schwarzpulver war für hartes Gestein ungeeignet. Mit dem von Nobel entwickelten Sprengstoff—Dynamit ist das griechische Wort für Kraft—kam es in den folgenden Kriegen, vor allem im Zweiten Weltkrieg, zu Zerstörungen bisher nicht gekannten Ausmaßes und zu gewaltigen Menschenverlusten.

Alfred Nobel entkam nicht dem mit seiner Erfindung verbundenen Konflikt. Er wollte Gutes für die Menschheit schaffen, doch seine Erfindung kostete unzählige Menschenleben. Nicht zuletzt unter dem Einfluss Bertha von Suttners (Appell „Die Waffen nieder!“) verfügte er in seinem Testament, dass das Geld, das er mit seiner Erfindung verdiente, friedliche, völkervereinenden Zwecken zugute kommen sollte. Der von ihm gestiftete Nobelpreis wird jährlich in den Bereichen Physik, Chemie, Medizin, Literatur und als Friedenspreis für herausragende Leistungen verliehen.

Die Einsicht, dass Kohle, Erdöl und Erdgas nicht unendlich zur Verfügung stehen, die ständig wachsende Menschheit jedoch immer größere Energiemengen benötigt, war in hohem Maße die Triebkraft für die Erforschung der Kernspaltung zwecks Energiegewinnung. Die Grundlagen für die Nutzung der Atomenergie legte Otto Hahn, der gemeinsam mit Friedrich Straßmann 1938 den Zerfall von Uran und das Freiwerden von Energie bei der Bestrahlung mit Neutronen entdeckt. Albert Einstein warnte US-Präsident Roosevelt zu Beginn des Zweiten Weltkrieges vor Hitlerdeutschland. Die Nazis könnten bald das nötige Know-how erlangen, um extrem gefährliche Bomben zu produzieren. Eine nukleare Kettenreaktion könnte eine enorme Energie freisetzen, was nur noch eine Frage der Zeit sei. Unter Leitung von Robert Oppenheimer - er gilt als der „Vater der Atombombe“ - wurde mit personellem und materiellem Riesenaufwand der Bau des ersten Kernreaktors bewerkstelligt. Am 2. Dezember 1942 gelang eine kontrollierte, sich selbst erhaltende Kettenreaktion. Ende 1946 ließ die UdSSR den ersten Atommeiler anlaufen. Zuvor hatten die USA am 6. und 9. August 1945 die beiden vorhandenen Atombomben (die erste auf Uran, die zweite auf Plutonium basierend) auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Als aktuelle Begründung wurde seitens der US-Regierung angeführt, man hätte sie eingesetzt, um hohe Menschenverluste bei den Landungen und Kämpfen auf den japanischen Inseln zu vermeiden und so den Krieg gegen Japan rasch zu beenden.

(Fortsetzung in den nächsten Ausgaben)

Der Beitrag stützt sich auf Faszination Weltgeschichte, Große Erfindungen, Wissen Media Verlag GmbH, Gütersloh/München, 2004, S. 126-135, 248-429, 308-311

Neues aus den Basisorganisationen

Die Umstrukturierung von Teilen des Kreisverbandes wurde bereits vollzogen, die beiden Basisorganisationen VBG "Unstruttal“ und VBG „An der Finne" wurden aufgelöst und es wurde ab dem 22. Oktober 2016 die BO "Unstruttal-Finne" gegründet. Die neue BO umfasst die Mitglieder der beiden benachbarten VBG. Vorstandvorsitzender der BO ist Roland Becker.

Kontaktdaten: co-Adresse: Roland Becker, Talstraße 53, OT Tröbsdorf, 06636 Laucha an der Unstrut E-Mail: BDB.RB@t-online.de

Ein Scheck für einen guten Zweck!

Von Frank Weidauer

Die LINKE unterstützt BI gegen die Tierreste-Vergärungsanlage Webau

Nach Bekanntwerden der Pläne zur Errichtung einer Tierreste-Vergärungsanlage in Hohenmölsen / OT Webau gründete sich 2014 eine Bürgerinitiative, die berechtigte Sorgen und Ängste der Bürger zum Ausdruck brachte. Insbesondere waren das Sorgen vor Umweltbelastungen und der Betriebssicherheit bei der Errichtung und während des Betriebes der Anlage.
In der Zwischenzeit befindet sich die Auseinandersetzung zur Errichtung der Anlage auf dem juristischen Weg. Vor einigen Monaten waren Vertreter der BI einer Einladung des Stadtverbandes Hohenmölsen der Partei DIE LINKE gefolgt und berichteten in einer Mitgliederversammlung über ihre Sicht zu den Risiken und Belastungen der geplanten Anlage. Gleichzeitig warben sie um politische und finanzielle Hilfe für die notwendigen juristischen Auseinandersetzungen gegen den Bau.
Durch Vermittlung des Stadtverbandes zu unserem MdB Roland Claus konnte der Kontakt zum „Fraktionsverein DIE LINKE e.V.“ mit der Bitte um finanzielle Unterstützung hergestellt werden.

Im Ergebnis wurde am gestrigen Mittwoch (07.12.2016) an der Erlebniskirche Wählitz durch MdB Roland Claus und Frank Weidauer, Vorsitzender des Stadtverbandes Hohenmölsen Partei DIE LINKE, ein Scheck in Höhe von 500,- € als Spende der Bundestagsfraktion DIE LINKE. an die Bürgerinitiative übergeben. Kurt Hübner nahm im Auftrag der anwesenden Mitglieder der BI den Scheck entgegen und bedankte sich für die finanzielle Unterstützung. Anschließend wurde der Gedankenaustausch nochmals vertieft und Möglichkeiten der zukünftigen Unterstützung angesprochen.
Wir bleiben in Kontakt!

Gemeinsamer Standpunkt der EU abgeschafft. Neuer Vertrag unterzeichnet.

Der sogenannte „Gemeinsame Standpunkt“ der EU zu Kuba aus dem Jahr 1996 ist Vergangenheit. Heute, am 12. Dezember 2016, haben die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, Kubas Außenminister Bruno Rodriguez Parrilla sowie die Außenminister der Europäischen Union einen Vertrag unterzeichnet, der künftig die Grundlage der Beziehungen beider Länder bilden wird und den „Gemeinsamen Standpunkt“ ersetzt.
Der „Gemeinsame Standpunkt“ der EU von 1996 verfolgte das Ziel, in Kuba „einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie“ zu fördern. Die EU hatte ihre Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Land davon abhängig gemacht, „wie die kubanischen Behörden Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie“ nachweisen können.
Der neue Vertrag ist eine Vereinbarung souveräner und gleichberechtigter Partner und könnte tatsächlich einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der EU und Kuba bedeuten. Beide Vertragspartner weisen darauf hin, dass alle Völker das Recht hätten, über ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System selbst zu entscheiden. Sie verpflichten sich zudem, das System und die Verfassung des Vertragspartners zu respektieren und sich nicht in die internen Angelegenheiten des anderen einzumischen. Ebenfalls festgeschrieben für beide Seiten wurde die Respektierung und die Verteidigung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit. Wichtige Punkte dieses Vertrages sind u.a. der politische Dialog, die Entwicklungszusammenarbeit, der Handel und die Kooperation im Bildungsbereich. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen diesem neuen Vertrag nun noch zustimmen.
Wie ernst es speziell die Bundesrepublik Deutschland mit der Umsetzung des neuen Vertrages meint, muss sie jetzt beweisen. Lange Zeit gehörte Deutschland zu jenen Ländern der EU, die den „Gemeinsamen Standpunkt“ unterstützten und eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba blockierten. Und gerade haben wir es miterleben müssen, wie die deutsche Bundesregierung es unterlassen hat, Kuba zum Tode seines langjährigen Präsidenten Fidel Castro eine würdevolle Beileidsbekundung auszusprechen. Die AG Cuba Sí begrüßt die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der EU und dem sozialistischen Kuba. Mit der Abschaffung des „Gemeinsamen Standpunktes“ wird eine langjährige Forderung der Solidaritätsbewegung erfüllt. Kuba wird seinen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen und kann dabei weiterhin fest auf die Unterstützung der deutschen und europäischen Solidaritätsbewegung bauen.

Der Ausverkauf geht weiter

Von Petra Hörning

Eine Maut, die besonders die Armen zur Kasse bittet, die sich kein Auto nach besten Umweltstandards leisten können. Eine Regierung, die sich von Lobbyberatern einreden lässt, dass es geil ist, die Infrastruktur unseres Landes, also das Volkseigentum an Banken und Versicherungen zu verschleudern ist das, was Deutschland gerade erschüttert. Mehr oder minder zumindest.
Dies wird, so ist zu vermuten, nicht zuletzt eine Quersubventionierung für die Deutsche Bank, um kein neues Bankenrettungspaket durchboxen zu müssen. Diese gehört ja bekanntlich zu 15% amerikanischen Eignern. Die Versicherungsbrache, lasst mich raten – die Allianz – bekommt auch was ab vom großen Kuchen. Dann gehört unser Trinkwasser den Franzosen, unsere Straßen - unsere Lebensadern - Kapitalanlegern aus aller Herren Ländern, die Steuer subventionierten Seenlandschaften Mitteldeutschlands dem Meistbietenden woher auch immer und bei uns zahlen die Mindestlöhner, die Studenten und Pendler im besonderen Maße die Zeche. Klar besitzt der, der Seen sein eigen nennt, eine lebenswichtige immer knapper werdende Ressource, und zwar Trinkwasser. Selbstverständlich hängt am Autobahnnetz die komplette Entwicklung unseres Landes, aber was soll´s. Das Ganze läuft wie immer ohne Volksabstimmung und durch die Hintertür der "Empörung".
Empörung über das ach so falsche Abstimmungsergebnis der Amerikaner bei ihrer Präsidentschaftswahl. Den nicht so vorzeigbaren amerikanischen Präsidenten kritisieren wir Deutschen ganz laut, schon bevor der überhaupt das Amt übernommen hat. Den türkischen Diktator Erdogan streicheln zeitgleich wir über das Köpfchen.
Die mediale Aufmerksamkeit in eine andere Richtung zu lenken und derweil hier die ganz großen „Minen“ zu zünden, ist nicht neu.
Ja, das Gesellschaftssystem ist das Problem. Wenn produzierende Großindustrie die stetig steigende Arbeitsproduktivität nicht ins Steuersystem fließen lassen muss und privat abschöpft und das im internationalen Rahmen. Dann bleiben die Systemkosten beim Mittelstand und den kleinen Leuten hängen. Die bezahlen die EEG-Umlage, die Infrastruktur samt überdimensionierter Kläranlagen, den Sozialstaat und zum Schluss noch die faulen Kredite der Banken. Die auch dadurch entstehen, dass diese die Importe deutscher Überproduktion durch Pleitestaaten ermöglichen, also die Exportgewinne der Konzerne möglich machen. Und wenn diese Blase, dieses Kunstgebilde aller paar Jahre platzt, zahlen das dann direkt oder indirekt auch wieder die Kleinen, also Mittelstand und Fußvolk. Die Frage ist nun, warum unsere Politiker dieses Spiel gegen das Volk, gegen ihre Wähler mitspielen? Pappsoldaten? Durchschauen sie das Spiel nicht, fehlt ihnen der Überblick, die Weitsicht? Oder sind sie Teil des Systems. Wann wird man zu diesem? Mit dem Bundestagsmandat? Schon im Landtag? Oder erst in den Ministerien?
Es ist eine explosive politische Zeit und ich konnte in den sozialen Netzwerken nicht an mich halten. Wieder einmal. Auch Jan Korte, unser Gregor, Sarah und auch Frank Tempel haben sich umgehend zu Wort gemeldet. Das reicht nicht, um unseren Menschen Halt zu geben. Das reicht auch nicht, um da draußen als Opposition wahrgenommen zu werden. Ja, Politik findet nicht nur im Kurier und nicht nur im Neuen Deutschland statt. Sie wird in sozialen Netzwerken viel schneller, viel breiter und viel direkter kommuniziert.

Die Uhr tickt. Wir müssen aus der Deckung kommen und uns das Maul zerreißen. Umso lauter und klarer, umso besser.

Medienprojekt für Geflüchtete vorgestellt

von Kerstin Eisenreich

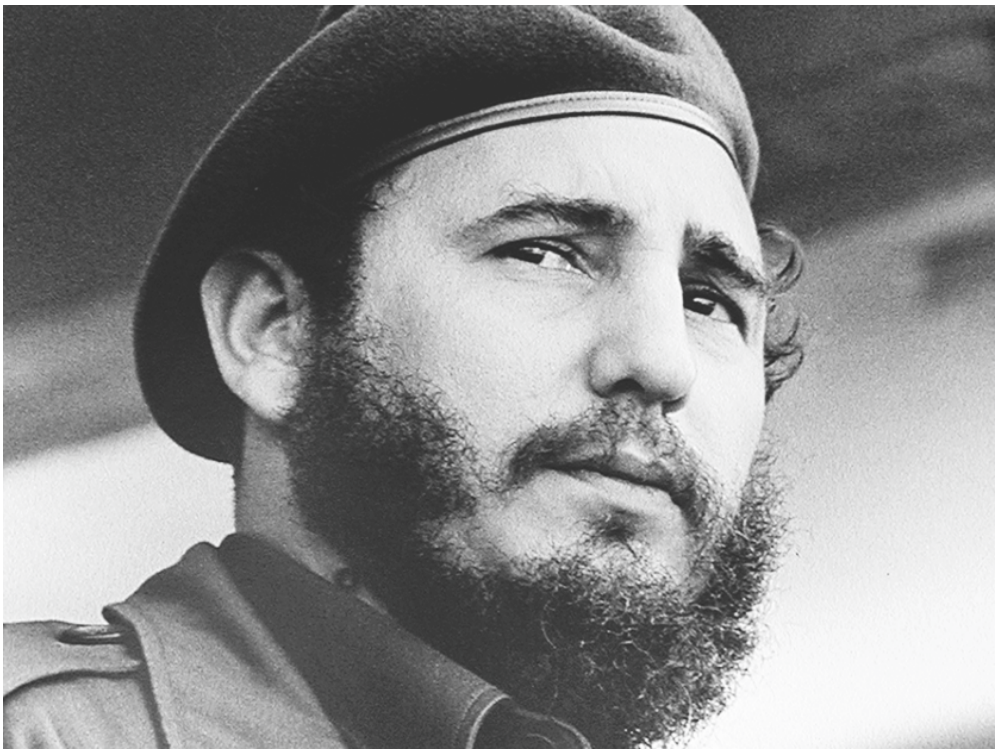
Im Oktober dieses Jahres konnte gemeinsam mit dem Medienkompetenzzentrum Halle und seinem Dozenten Klaus-Werner Müller von der MAW (Mediengestützte Aus- und Weiterbildung) durch das finanzielle Engagement unserer Landtagsabgeordneten im Saalekreises, Kerstin Eisenreich, ausgesprochen erfolgreich ein Medienworkshop für jugendliche Geflüchtete aus Merseburg durch geführt werden.
Heute fand nun in Merseburg eine Dankeschönveranstaltung statt. Dabei wurde auch der im Oktober angefertigte Film über das Projekt präsentiert. Auch im kommenden Februar zu den Winterferien wird ein Workshop für jugendliche Geflüchtete veranstaltet. [Fotos: Wolfgang Kubak]

Danke Fidel für Dein Lebenswerk!

Von Cuba Si

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift „Gracias Fidel“ angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.



Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der „Jungen Welt“, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, „wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt“. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die antikubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beeilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu machen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als „Machtpolitiker“ „Tyrann“ und „Diktator“. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn Menschen, die sich politisch links verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen, Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivisten der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen.

Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen.

Danke Fidel für Dein Lebenswerk! Hasta la victoria siempre!

AG Cuba Sí

Debatte zu Umgang mit Steuermitteln sachgerecht führen

Gemeinsame Erklärung der Landesvorsitzenden Birke Bull-Bischoff und des Fraktionsvorsitzenden Swen Knöchel zur Erklärung des Bundes der Steuerzahler zur Verwendung von Fraktionsgeldern vom 5.12. 2016:

Die Erklärung des Bundes der Steuerzahler präsentiert eine fragwürdige Mischung aus alten und wenig neuen Fakten, aus Verkürzungen und Umstrittenem. Sowohl Politik als auch der Bund der Steuerzahler sollten sich der Öffentlichkeit verpflichtet sehen. Dies bedeutet Transparenz, verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Handlungen. Die Erklärung des Bunds der Steuerzahler dagegen zielt auf Stimmungsmache. Alle wesentlichen Punkte der Erklärung waren Teil der öffentlichen Berichterstattung und sind im Zuge von Prüfverfahren bereits abgeklärt. Um den kritischen Punkten aus den Berichten bis 2011 einen aktuellen Anstrich zu geben, beginnt die Erklärung mit den Haushaltsdaten der Landtagsfraktionen von 2015. Folgende Punkte bleiben dann aber ohne zeitliche Einordnung. Faktische Beschreibungen werden skandalisiert. Eine sachbezogene Kritik sieht anders aus.

Kostensteigerung des Parlaments: Mit Ergebnis der Wahl 2016 gehören nun fünf (vorher vier) Fraktionen dem Landtag von Sachsen-Anhalt an. Fast die Hälfte des vom Bund der Steuerzahler kritisierten Aufwuchses ist der Grundbetrag für eine neue Fraktion, der deren Arbeitsfähigkeit sicherstellen soll. Trotz der personellen Verkleinerung des Landtags erklärt dies – zusammen mit Tarif- und Kostensteigerung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – den Aufwuchs der öffentlichen Kosten um jährlich zwei Prozent. Aufgabe des Parlaments ist die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung, die sich auf die Verwaltung mit 40 000 Landesbediensteten stützen kann. Für die Arbeit der Fraktionen sind somit neben den Abgeordneten ebenfalls kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unerlässlich. In der Linksfraktion entfallen mehr als 80 Prozent der Fraktionskostenzuschüsse auf die Kosten für unsere Angestellten.

Fraktionsrücklagen: In diesen parlamentarischen Kontext lässt sich auch die Bildung von Rücklagen einordnen. Die Größe von Fraktionen hängt vom Votum der Wählerinnen und Wähler ab. Das Ergebnis von Wahlen ist also auch für die Mitarbeiterstärke einer Fraktion bzw. für deren Schwankungsbreite relevant. Die Linksfraktion verwendet die Rücklagen für einen Abfindungsfonds für Angestellte der Fraktionen. Dies geschieht im Rahmen der Tarifverträge. **Zusatzvergütungen:** Die sogenannten Funktionszulagen der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt folgen der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes.

Fazit: Im Umgang mit Fraktionskostenzuschüssen handelt die Linksfraktion auf dem Boden von Recht und Gesetz. Ein Vorgehen wie das des Bundes der Steuerzahler erschwert eine sachgerechte Auseinandersetzung. Die Unterstellung, „offensichtlich scheffeln sich die Fraktionen immer mehr Geld in ihre Taschen“, verschärft mit gefährlichen Worten grassierende Politikverdrossenheit.

Tarifflucht wird Thema im Landtag

Einerseits beabsichtigt die Großbäckerei Lieken offenbar, künftigen Mitarbeiter*innen des im Bau befindlichen Produktionswerkes in Wittenberg keine Tariflöhne mehr zu zahlen. Und weiter: Die Großbäckerei Lieken macht einen 25-prozentigen Lohnverzicht zur Bedingung, um die Beschäftigte des bisherigen Werks in Weißenfels zu übernehmen.

Andererseits erhält das Mutterunternehmen Agrofert Deutschland GmbH für den Neubau 11,25 Mio. Euro Fördermittel und damit mehr als den Höchstfördersatz von 10 Mio. Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, obwohl damit einhergehend das Lieken-Werk in Weißenfels geschlossen werden soll.

Dieser Vorgang belegt erneut die völlig **verfehlte und blinde Wirtschaftsförderpolitik der Landesregierung**, die einseitig auf Investitionen setzt, ohne deren Nachhaltigkeit zu auch nur in den Blick zu nehmen.

Mit Fördermitteln begünstigte **Tarifflucht** darf es nicht geben. Die Fraktion DIE LINKE hält daher für die bevorstehende Landtagssitzung eine Aktuelle Debatte zu den Auswirkungen einer solchen verfehlten Förderpolitik und zu deren konsequenter Neuausrichtung auf Kriterien wie gute Arbeit und Nachhaltigkeit für notwendig.

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Do	05.01.	Fraktionssitzung DIE LINKE Gemeinderat Droyßig	18.00 Uhr	Droyßig, Verbandsgemeinde
Sa	07.01.	Mitgliederversammlung An der Finne	10.00 Uhr	Tröbsdorf, Zum Grünen Tal
Di	10.01.	Stammtisch Naumburger LINKE	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Do	19.01.	Kreisvorstandssitzung KV BLK	18.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Sa	21.01.	VertreterInnen-Versammlung Direktkandidatenwahl	10.00 Uhr	Weißenfels, Kulturhaus
Mo	23.01.	REDAKTION KURIER—Red. Schluss: 15.01.2017	9.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Di	24.01.	Stadtrat Weißenfels Fraktionssitzung	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Di	24.01.	Vorstandsitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	24.01.	Stammtisch Naumburger LINKE	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Do	24.01.	Kreisarbeitsgemeinschaft SENIOREN BLK	14.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	31.01.	Neujahrsempfang KV Saalekreis	17.00 Uhr	Merseburg

VORSCHAU

Do	02.02.	Neujahrsempfang KV Burgenlandkreis	17.00 Uhr	Naumburg, Alte Schmiede
Do	16.02.	BO-Vorsitzendenberatung KV BLK	16.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Do	16.02.	Beratung Kreiswahlbüro	17.30 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Do	23.02.	„Abwasserentsorgung fair und bezahlbar“ - Themenveranstaltung mit Kerstin Eisenreich MdL	18.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

<u>die im Januar</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.